



Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid | Postfach 42 01 01 | 42401 Wuppertal

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl
Rathaus

42269 Wuppertal

15. März 2004
Me/Fs

Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Wuppertal für die Jahre 2004 und 2005

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu dem Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Wuppertal für die Jahre 2004 und 2005 nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Haushaltssituation der Stadt Wuppertal hat sich offenkundig weiter verschlechtert. Die strukturellen Jahresdefizite, die in 2000 noch bei minus 25 Mio. Euro gelegen haben, sind in den Folgejahren 2001, 2002 und 2003 auf gut 100 Mio. Euro gewachsen (108 bzw. 106 Mio. Euro). Sie werden in diesem Jahr voraussichtlich auf minus 149 Mio. Euro und im nächsten Jahr auf minus 183 Mio. Euro steigen. Das kumulierte Defizit wird 2005 auf ca. minus 900 Mio. Euro anwachsen. Entsprechend steigen die Kassenkredite, die faktisch Dauerschulden geworden sind und künftige Haushalte über dynamisch steigende Schuldendienste extrem belasten werden.

Diese Aussagen gelten, obwohl die verfügbaren Einnahmeüberschüsse der Stadt aus Steuern und Zuweisungen nach dem Einbruch in 2001 (337 Mio Euro) erfreulicherweise wieder steigen, und zwar auf 354 Mio Euro in 2004 und 358 Mio Euro in 2005. Das Gewerbesteuerertrag lag 2003 mit 124 Mio Euro um 30 Prozent über dem niedrigen Niveau von 2001 und soll in diesem und dem nächsten Jahr jeweils um 3 Prozent steigen. Auch die Ge-

bühren und ähnlichen Entgelte steigen von Jahr zu Jahr kräftig weiter.

Die Defizite werden nicht durch außerordentliche Maßnahmen verringert: Weder Rücklagen noch Mittel aus Veräußerungserlösen werden hierfür eingesetzt. Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von einem Drittel der Versorgungssparte der WSW AG an die RWE Plus AG und die Cegedel International S.A. werden zum Schuldendienst für die - vor der Privatisierung übernommenen – Klinikum- Schulden sowie großenteils zum Ansparen des Eigenanteils für das Investitionsprogramm der Stadt Wuppertal (Regionale 2006) verwandt. Dieses ist aus strukturpolitischen Gründen nicht zu beanstanden.

Die desolante Haushaltssituation wirkt offensichtlich nicht als Investitionsbremse. Im Gegenteil: Die Investitionen steigen von unter 25 Mio Euro in 2002 auf jeweils rund 90 Mio Euro in 2004 und 2005 und damit auf eine Größenordnung, die zuletzt Mitte der 90er Jahre erreicht worden war.

Die Stadt Wuppertal hat als Steuerungsinstrument erstmals ein sogenanntes Managementprogramm 2004/2005 – Gestaltungs- und Umsteuerungsaufgaben – aufgelegt, das der Rat am 29.03.2004 verabschieden soll. Hiermit werden Handlungsschwerpunkte mit Zeitplanungen und deren finanziellen Konsequenzen aufgelistet. Immerhin taucht auf Seite 18 des Managementprogramms die Umsetzungsebene Stadt und Stadtverwaltung mit dem Unterpunkt „Beseitigung des Haushaltsdefizits der Stadt Wuppertal“ auf. Konkret soll dieses erreicht werden durch die Umsetzung der Schlüsselprojekte „Aufgabenkritik und Prozessoptimierung“. Offen bleibt, ob und gegebenenfalls inwieweit der übrige Handlungsrahmen dem strategischen Ziel, das Haushaltsdefizit der Stadt Wuppertal zu beseitigen, zuwiderläuft.

Bewertungen und Empfehlungen der IHK

1. Die Stadt Wuppertal sollte sich freimachen von Vorstellungen, wonach der Bund und/oder das Land Nordrhein-Westfalen die Haushaltsprobleme Wuppertals irgendwann lösen werden. Denn inzwischen sind auch die Haushalte dieser übergeordneten Gebietskörperschaften hochgradig defizitär und darauf angewiesen, dass die Bürger „ihre Gürtel enger schnallen“. Es darf nicht nur darum gehen, dass sich die Stadt Wuppertal durch Sicherung

der Finanzierung für die strukturpolitisch sinnvolle Regionale 2006 kurzfristige Handlungsspielräume und eine Atempause verschafft. Die Stadt sollte deshalb selbst stärker als bisher darauf hinarbeiten, ihre Handlungsfähigkeit auch mittel- und längerfristig zurückzugewinnen und dabei die investitionsbedingten Folgekosten nicht aus den Augen verlieren. Die Lösung der gravierenden Haushaltsprobleme wird um so schmerzlicher, je weiter sie nach 2006 in die Zukunft aufgeschoben wird.

2. Die von der Verwaltung vorgelegten zusätzlichen Konsolidierungsvorschläge für die Jahre 2005 ff. sollen Verbesserungen in Höhe von 8,5 Mio Euro in 2005, 18,8 Mio Euro in 2006, 19,5 Mio Euro in 2007, 20,5 Mio Euro in 2008 und 23,6 Mio Euro nach 2008 erbringen. Diese Volumina gehen angeblich ganz überwiegend auf Hartz IV-Einsparungen zurück. Dies widerspricht allerdings den zuletzt gemachten Verlautbarungen, wonach Hartz IV per Saldo zu zusätzlichen Belastungen für die Stadt in Höhe von jährlich 10 Millionen Euro führen wird. Insgesamt erscheinen uns die Konsolidierungsvorschläge zu pauschal und wenig konkret. Echte Einsparungen sind kaum geplant. Statt dessen soll oftmals nur stärker „abkassiert“ werden: Einführung einer Zweitwohnungsteuer, Erhöhung der Hundesteuer, Ausweitung mobiler Geschwindigkeitsmessungen, Verkauf von RWE-Aktien. Natürlich sollte und muss die Stadt Wuppertal in der aktuellen Lage nicht nur ihr Ausgabenniveau drastisch absenken, sondern auch ihr „Tafelsilber“ verkaufen. Gemessen an den tatsächlichen strukturellen Defiziten der Stadt ist das vorgesehene Konsolidierungsprogramm jedoch absolut unzureichend.
3. Nach wie vor vonnöten ist eine umfassende Aufgabenkritik, die möglichst im bergischen Kontext erfolgen sollte. Zunächst einmal ist restriktiv zu klären, welche Aufgaben die Stadt Wuppertal überhaupt wahrzunehmen hat. Unter der Überschrift Aufgabenkritik lassen sich auch Prüfaufträge für Privatisierungsmaßnahmen subsumieren. Gute Beispiele für echte, materielle Privatisierungen sind neben dem Verkauf der Klinikum Wuppertal GmbH auch die Schließung der Stadtgärtnerei und die Aufgabe städtischer Wochenmärkte. Diese Beispiele sind aber nicht ausreichend.

Die IHK hatte vor zwei Jahren empfohlen, nicht nur einen Minderheitsanteil der Versorgungssparte der Wuppertaler Stadtwerke AG zu veräußern, sondern ernsthaft zu prüfen,

zu welchen Bedingungen sämtliche Sparten des Unternehmens vollständig an private Interessenten verkauft werden können. Daseinsvorsorge im Verlustbereich ÖPNV und Privatisierung müssen sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen.

Bei der Eigengesellschaft Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH (GWG) müssen bereits jetzt die strategischen Weichen politisch gestellt werden, um die Gesellschaft spätestens nach erfolgreicher Restrukturierung jederzeit veräußern zu können.

Der Eigenbetrieb „Gebäudemanagement Wuppertal“ erledigt Aufgaben, für die es leistungsstarke private Anbieter geben dürfte. Entsprechende Ausschreibungen brächten Gewissheit dafür, zu welchen Konditionen die Privatwirtschaft die in diesem Eigenbetrieb bisher erledigten Aufgaben übernehmen würde. Die Auslagerung von Reinigungs- und Hausmeistertätigkeiten sollten jedenfalls nur erste Schritte auf dem Weg zu einer umfassenden Privatisierung sein.

Sollte die Stadt Wuppertal erwägen, ihre freiwilligen Leistungen möglichst vollständig beizubehalten, sollte sie die Bürger - insbesondere vor Wahlen - über die Kosten dieser Leistungen informieren und möglichst viel Transparenz schaffen. Eine weitere Handlungsoption liegt bei den freiwilligen Aufgaben darin, die Standards und eigenen Ansprüche abzusenken, beispielsweise bei der Bäderzielplanung. Die Senkung der Standards macht aber auch bei der Erledigung von Pflichtaufgaben Sinn, soweit dies rechtlich zulässig ist. Entsprechende Anregungen der Kommunalaufsicht und Vorschläge der Verwaltung sind hier zu unterstützen. Mit derartigen Maßnahmen lassen sich insbesondere im Ressort „Jugend und Soziales“ erhebliche Konsolidierungsbeiträge erzielen, ohne die Leistungen selbst aufzugeben. Bei abgesenkten Standards sollten die Leistungen effizienter als bisher erbracht werden. Dass hier noch erhebliche Reserven mobilisiert werden können, haben die zuletzt eingeleiteten Maßnahmen bei der Umstrukturierung der „Hilfe zur Erziehung“ durch ein stadtteilbezogenes Management gezeigt.

4. Zur Realisierung von Synergieeffekten sind nach unserer Auffassung die interkommunalen Kooperationen der drei bergischen Großstädte erheblich zu intensivieren. Ein gutes Pilotprojekt ist die gemeinsame Feuerwehrleitstelle. Darüber hinaus gibt es erfreulicherweise

bereits zahlreiche kleine und große Anknüpfungspunkte, die Wuppertal, Solingen und Remscheid teilweise bereits aufgegriffen haben. Hier werden u.a. Maßnahmen in den Bereichen Materialwirtschaft, Personalverwaltung, Rechtsangelegenheiten, Schulverwaltung, EDV, Nachrichtentechnik und Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF), Volkshochschule, Vermessung, Kataster und Kartographie, Sportkoordination und Sportmanagement, ÖPNV, Reinigungswesen, Druckereiwesen zumindest diskutiert, wie aus einem gemeinsamen Zwischenbericht der drei Verwaltungen vom 3. Dezember 2003 hervorgeht. Wir erinnern daran, die Chancen auf Einspareffekte auch bei der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie der Kultur zu suchen. Vom Grundsatz her eignen sich für Kooperationen und Fusionen sämtliche Aufgabenbereiche, welche die drei Städte in gleicher oder ähnlicher Weise für ihre Bürger abdecken. Das gilt beispielsweise auch für Messen.

5. Die freiwilligen Zuschüsse der Stadt Wuppertal sind drastisch zu senken. Die pauschal geplanten Rückführungen um 750.000 Euro in 2005 und jeweils 1,5 Millionen Euro ab 2006 erscheinen uns zu wenig ambitioniert. Zudem handelt es sich hierbei derzeit nur um ein Ziel, das noch zu konkretisieren ist, indem einzelne Haushaltsstellen angesprochen werden müssen. Hinzu kommt, dass die Zuschüsse für einzelne Einrichtungen beziehungsweise Eigengesellschaften der Stadt Wuppertal zum Teil beträchtlich steigen. So sollen die Zuschüsse für den Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung von 2,1 Mio Euro in 2000 auf 5,6 Mio Euro in 2004 wachsen. Die Stadt Wuppertal hat zudem eine bindende Erklärung abgegeben, für Verluste der W-tec GmbH bis 2016 aufzukommen.

6. Die Personalkosten sollen durch Fluktuation in 2006 um 1 Mio. Euro, in 2007 um 2 Mio. Euro, in 2008 um 3 Mio. Euro und nach 2008 jeweils um 6 Mio. Euro gesenkt werden. Gegenüber dem Stellenbestand von Ende 2003 sollen rund 200 Stellen über die normale Fluktuation abgebaut werden, hiervon bereits rund 50 Stellen im Haushaltszeitraum 2004/2005. In den Folgejahren ist zum Beispiel durch die Senkung von Standards (insbesondere bei Pflichtaufgaben) wie auch durch die Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung ein weiterer Abbau geplant. Jährlich sollen 25 Stellen abgebaut werden. Die Personalausgaben der Kernverwaltung werden aber zunächst einmal in diesem Jahr gegenüber 2003 um 7 Prozent gesteigert, und zwar von 208 Mio Euro (nach der Jahresergebnisprognose

von November 2003) auf 223 Mio Euro (bereits nach Wegfall von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld für Beamte).

Der geplante Personalabbau darf sich nicht auf die Kernverwaltung beschränken und durch Auslagerungen in Eigenbetriebe und Eigengesellschaften konterkariert werden. Einsparungen bei den Personalausgaben sollten auch nicht durch steigende Sachausgaben für Fremdleistungen überkompensiert werden. Hierzu gehören auch die jährlichen Ausgaben für Aufträge an Freiberufler für Gutachten, Machbarkeitsstudien sowie zur Vorbereitung politischer Entscheidungen.

7. Ohne konsolidierte Informationen für den Konzern Stadt Wuppertal ist eine zukunftsbezogene Politik mit großen Risiken verbunden. Ein Konzernrechnungswesen sollte deshalb umgehend auf den Weg gebracht werden. Das „Neue kommunale Finanzmanagement“ (NKF) sollte möglichst nicht erst in 2008, sondern für den nächsten Haushaltsplan 2006/2007 einsatzbereit sein. Die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Sondervermögen sind zeitnah zu erstellen. Das Fehlen zeitnaher Daten hatten wir beim Eigenbetrieb „Gebäudemanagement“ bereits vor zwei Jahren moniert. Durch seine Ausgliederung im Jahre 2000 haben sich nämlich das Ausgabenvolumen und die Ausgabenstruktur des Kernhaushaltes grundlegend verändert. Insbesondere wurden Schulden der Stadt in Höhe von rund 300 Millionen Euro auf diesen Betrieb übertragen. Der Jahresbericht 2001 ist erst vor kurzem fertiggestellt worden. Für 2002 und 2003 liegen lediglich Plandaten vor. Dies ist für einen städtischen Betrieb mit 420 Beschäftigten unbefriedigend.

Beteiligungsberichte für Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, sind ebenfalls zeitnah und nach § 112 Absatz 3 der Gemeindeordnung jährlich zu erstellen. Diese rechtliche Verpflichtung hat die Stadt für das Jahr 2001 missachtet. Auch für das Jahr 2002 liegt uns derzeit noch kein vollständiger Beteiligungsbericht vor.

8. Fraglich ist, ob die Stadt Wuppertal mit ihrem „professionellen Zins-, Schulden- und Anlagenmanagement“ die Ansprüche erfüllt, welche die Bürger und Unternehmen von ihrer Stadt erwarten können. Nach § 21 Absatz 1 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

(Anlegen von Rücklagen) sind die Mittel der Rücklagen, „soweit sie nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt werden, sicher und ertragbringend anzulegen; sie müssen für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein.“. Die IHK ist der Auffassung, dass eine Kommune, die Gelder für ihre Bürger zu verwalten hat – beispielsweise die aus risikobehafteten Cross-Border-Leasinggeschäften vereinnahmten Barwertvorteile – diese nicht spekulativ, sondern ohne Kursrisiken und deshalb keinesfalls in Aktien oder Anleihen anzulegen hat. Beim Zins- und Schuldenmanagement sollte die Stadt Wuppertal entsprechend darauf verzichten, Kredite in fremder Währung aufzunehmen, auch wenn diese niedrig verzinslich sind.

9. Die Hebesätze bei der Grundsteuer B von 490 und der Gewerbesteuer von 440 sollen stabil bleiben. Dies erscheint uns auch dringend erforderlich, da die Hebesätze in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre viel zu stark angehoben worden sind; eine Anhebung der Gewerbesteuersätze führt zudem nicht zwangsläufig zu einer parallelen Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen (siehe Anlagen). Anders als bei der Grundsteuer B ist aufgrund von unternehmerischen Entscheidungen eine Verlagerung des Gewerbesteueraufkommens in andere Kommunen denkbar.

Zusammenfassend erwarten wir von der Stadt Wuppertal weitere Konsolidierungsanstrengungen und eine erhebliche Senkung der strukturellen Defizite. Da Ausgabenkürzungen allein die aktuellen Defizite nicht beseitigen können, ist auch der Einsatz von weiteren Erlösen aus Vermögensveräußerungen notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Sträter
Präsident

Michael Wenge
Hauptgeschäftsführer

Anlagen